

# Nach Priester-Rauswurf: Braucht es zur Aufklärung im Bistum Trier eine Wahrheitskommission?

Zur vollständigen Aufklärung des Missbrauchsskandals im Bistum Trier braucht es eine Wahrheitskommission. Das meint die Opfervereinigung Missbit und sät damit Zweifel an der Kompetenz des Teams um Ex-Justizminister Gerhard Robbers. Und was sagt Rechtswissenschaftler Robbers dazu?

VON ROLF SEYDEWITZ

**TRIER** Ist die Unabhängige Aufarbeitungskommission des Bistums Trier mit ihrer Arbeit zumindest streckenweise überfordert? Diesen Eindruck hat jedenfalls die Opferinitiative Missbit. In einer jetzt veröffentlichten Mitteilung fordert Missbit ein externes Sondergutachten, um im Fall des wegen Missbrauchs geschassten Trierer Bistumpriesters Otmar M. eine mögliche Mitverantwortung von hochrangigen Geistlichen zu klären. Namentlich genannt werden die Bischöfe Stephan Ackermann, Reinhard Marx und Georg Bätzing sowie der ehemalige Trierer Generalvikar (und heutige Offizial) Georg Holkenbrink und Ex-Personalchef Rainer Scherschel.

**Vertuschungsvorwürfe gegen das Bistum** Missbit wirft einigen von ihnen vor, im Fall Otmar M. gegen das Kirchenrecht verstoßen zu haben. Obwohl wiederholt Missbrauchsvorwürfe gegen die Bischöfe Stephan Ackermann, Reinhard Marx und Georg Bätzing im saarländischen Freisen eingesetzten Priester aktenkundig gewesen seien, hätten die Verantwortlichen im Generalvikariat zunächst keine



Wer kann den Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche umfassend aufklären? Die Opfervereinigung Missbit ruft nach einer Wahrheitskommission.

SYMBOLFOTO: ISTOCK/FANGXIANUO

kirchenrechtliche Untersuchung eingeleitet. „Das Bistum Trier vertuschte und verschleierte die Vorgänge und brach fortwährend Kirchenrecht“, behauptet Missbit-Sprecher Hermann Schell.

**Kirchenrechtliches Verfahren von langer Dauer** Vergangene Woche hatte ein Kirchengericht die Höchststrafe gegen Otmar M. verhängt und den heute 69-jährigen aus dem Klerikerstand entlassen. Das kirchenrechtliche Verfahren gegen seit den 90er Jahren wiederholt mit Missbrauchsvorwürfen konfrontierten Trierer Bistumpriester war vor sieben Jahren auf den Weg gebracht worden – viel zu

spät, kritisieren die Opfervertreter. Laut einer Mitteilung des Bistums hat Otmar M. mehr als fünf Personen sexuell missbraucht. Erst im Februar hatte auch das Saarbrücker Landgericht den 69-jährigen wegen sexueller Nötigung zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und acht Monaten verurteilt.

Dass die Verantwortlichen im Trierer Generalvikariat in der Causa Freisen Fehler gemacht haben, räumten die Bischöfe Ackermann, Marx und (der frühere Trierer Generalvikar) Bätzing in der Vergangenheit bereits ein. „Und ich werde mich dem Ergebnis der Untersuchung der Aufarbeitungskommission stellen“, betonte Ackermann

schon vor zwei Jahren. **Rücksicht auf „vermeintlich guten Ruf der Kirche“** Bislang gibt es allerdings nur ein Zwischenergebnis, wie dem vergangene Woche veröffentlichten zweiten Bericht der Aufarbeitungskommission zu entnehmen ist. Darin wird die Informationspraxis des Bistums im Fall Otmar M. als „unzureichend und in der Sache schädigend“ kritisiert. In solchen Fällen müsse offen „und ohne Rücksicht auf den vermeintlich guten Ruf der Kirche“ informiert werden, heißt es in dem Zwischenbericht.

Die Opfervereinigung Missbit ist dennoch überzeugt, dass die Aufarbeitungskommission mit

der vollständigen Aufklärung des Falls überfordert sei. Es gelte strafrechtliche und kirchenrechtliche Versäumnisse zu klären. Dafür brauche es Anwälte und Kirchenrechtler, sagte Missbit-Sprecher Hermann Schell unserer Redaktion. „Die Kommission hat diese Ressourcen nicht.“

**Kommissionssprecher Robbers gibt sich gelassen** Ähnliche Zweifel hatte zuletzt auch die Trierer Bundestagsabgeordnete Corinna Rüffer geäußert. Der Staat stehe in der Verantwortung, aktiv in die Aufarbeitung einzugreifen statt von der Seitenlinie zuzuschauen, sagte die Grünen-Politikerin nach Veröf-

fentlichung des Zwischenberichts. „Wir brauchen eine unabhängige, staatliche Wahrheitskommission.“ Den Begriff Wahrheitskommission macht sich auch Missbit-Sprecher Schell zu eigen. Die Mitglieder der siebenköpfigen Aufarbeitungskommission reagieren auf die Zweifel an ihrer Aufklärungsarbeit indessen gelassen. „Ich sehe uns auch im Fall Freisen nicht für überfordert an“, meint Kommissionssprecher Gerhard Robbers, „wir kriegen das hin!“ Schon im Januar will sich die Aufarbeitungskommission in einem weiteren Zwischenbericht mit den Missbrauchsfällen in der Ära von Bischof Hermann Josef Spital befassen.

## Briefaffäre: CDU will Sondersitzung, AfD fordert Untersuchungsausschuss

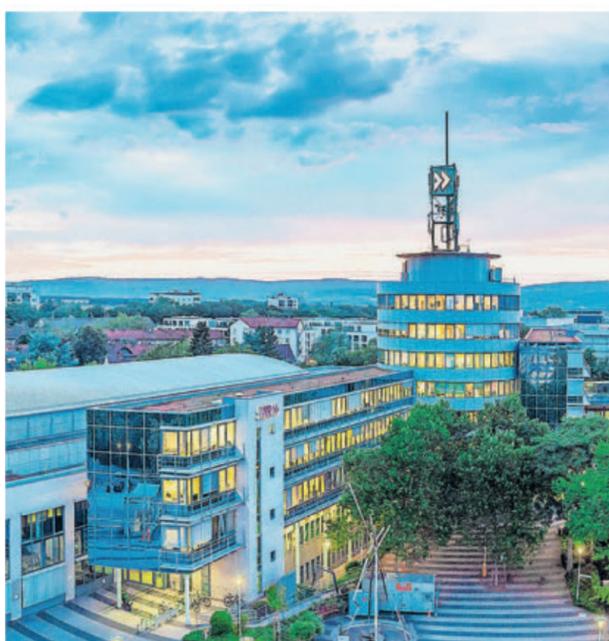
Der Druck auf SPD-Staatssekretärin Heike Raab steigt. Wenn es nach der AfD geht, soll die Briefaffäre in einem Untersuchungsausschuss geklärt werden. Die CDU will zunächst Malu Dreyer in einer Sondersitzung des Landtags in den Fokus rücken.

VON SEBASTIAN STEIN

**MAINZ** Nach dem Bekanntwerden von Falschaussagen zieht die Briefaffäre um Staatssekretärin Heike Raab weitere Kreise. Der SPD-Politikerin droht nun eine Sondersitzung des Landtags und am Ende womöglich sogar ein Untersuchungsausschuss. Raab hatte sich bereits im Mai mit einem Brief aus der Staatskanzlei beim SWR über die Berichterstattung zum Rücktritt von Ex-Innenminister Roger Lewentz (SPD) beschwert. Vor knapp zwei Wochen musste sie dazu Stellung im Medienausschuss des Landtags nehmen. Gestern dann korrigierte sie einige Falschaussagen.

**CDU: Staatssekretärin hat systematisch getäuscht** Die CDU will die „Causa Raab“ deshalb zum Thema in einer Sondersitzung des Landtags machen. Raab habe das Parlament, die Medien und die Öffentlichkeit systematisch getäuscht, sagte CDU-Fraktionschef Gordon Schnieder am Mittwoch in Mainz. „Frau Raab ist keinen Tag länger in ihrem Amt haltbar“, sagte Schnieder. Dreyer müsse die Staatssekretärin umgehend entlassen. Als sogenannte Bevollmächtigte handele Raab direkt in ihrem Namen. „Indem sich die Ministerpräsidentin nicht von den Äußerungen von Frau Raab distanziert hat, sind ihr diese zuzurechnen“, sagte Schnieder.

**Dreyer antwortet nicht auf Brief** Die CDU hatte bereits vergangene Woche Antworten von Dreyer in der Briefaffäre gefordert. „Doch auch die Ministerpräsidentin schweigt“, sag-



Das SWR-Gelände in Mainz: Mit ihrem Brief an die Rundfunkanstalt hat Staatssekretärin Heike Raab für politischen Zündstoff gesorgt.

FOTO: DPA

te Schnieder. Er habe keine Antwort auf seinen Brief erhalten. Wegen der großen Tragweite des Falls sei eine unmittelbare parlamentarische Aufarbeitung unumgänglich. Für die geforderte Sondersitzung des Landtags stehe die CDU mit den Freien Wählern in Kontakt. Sollten diese der Forderung zustimmen, könnte das Parlament bereits kommende Woche tagen.

**AFD: Regierung wollte Berichterstattung unterbinden** Die rheinland-

pfälzische AfD-Fraktion will sogar noch einen Schritt weitergehen und fordert das schärfste Schwert der Opposition – einen Untersuchungsausschuss im Fall „Heike Raab“. „Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass der Brief an die SWR-Sendeleitung eine organisierte Aktion war, um eine negative Berichterstattung über die Verantwortung von Roger Lewentz bei den Opfern der Ahrflut zukünftig zu unterbinden“, sagte der AfD-Abgeordnete Joachim Paul. Es sei schwer vorstellbar, dass es über den

Brief hinaus nicht zu weiteren verbotenen Einflussnahmen zugunsten von Roger Lewentz gekommen sei. AfD-Fraktionschef Jan Bollinger will ebenfalls Ministerpräsidentin Malu Dreyer in den Blick nehmen. „Sollte sie in die Sache involviert gewesen sein und umfassend Kenntnis davon gehabt haben, ist sie nicht mehr tragbar.“

**Untersuchungsausschuss: Der AfD fehlt die Mehrheit** Für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses fehlt der sechsköpfigen AfD-Fraktion im Landtag allerdings die Mehrheit. Die nötige Unterstützung des Antrags von anderen Oppositionsfraktionen wird es nicht geben. CDU und Freie Wähler arbeiten kategorisch nicht mit der AfD zusammen. CDU-Fraktionschef Schnieder hielt sich am Mittwoch allerdings offen, nach der Sondersitzung des Parlaments als nächsten Schritt einen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

**Worum es in dem SWR-Brief geht** Raab war in den vergangenen Tagen heftig in die Kritik geraten, nachdem ihr Beschwerdebrief zur Berichterstattung über die Verantwortung von Ex-Innenminister Roger Lewentz (SPD) an den SWR publik wurde (wir berichteten mehrfach). Ein Reporter kam in dem Beitrag im April zur Einschätzung, dass es bundesweit wahrscheinlich einmalig sei, dass ein Landesinnenminister, der die politische Verantwortung für die vielen Toten dieser schrecklichen Ahrkatastrophe übernehmen muss, weiterhin Landesvorsitzender seiner Partei bleibt.“ Raab schrieb in ihrem Brief, dies sei „objektiv falsch“, bat um Antwort und drohte mit dem Programmausschuss.

MEINUNG

### Die Briefaffäre ist jetzt ein Fall für Malu Dreyer

Der Untersuchungsausschuss zur Flutkatastrophe ist noch nicht richtig abgeschlossen, da droht der Landesregierung schon der nächste. In der Affäre um den SWR-Brief von Staatssekretärin Heike Raab (SPD) tauchen immer mehr Ungereimtheiten auf.

Erst will die Landesregierung mit dem Brief nichts zu tun gehabt haben – eine Privatangelegenheit, hieß es. Nun plötzlich ging der Brief doch durch die Staatskanzlei. Klar ist, dass Raab sowohl im Medienausschuss als auch im SWR-Landesrundfunkrat Details zum Brief bewusst oder unbewusst falsch dargestellt hat.

Die Staatskanzlei tut nun so, als habe Raab mit der Korrektur ihrer Falschaussagen reinen Tisch gemacht. Die fadenscheinigen Erklärungen werfen allerdings mehr Fragen auf, als sie Antworten geben.

Diese Kommunikationsmasche erinnert unweigerlich an die kritische Zeit vor einem Jahr. Damals war Ex-Innenminister Roger Lewentz erst nach wochenlangem Druck zurückgetreten. Zuvor gab es Antworten immer nur scheinbarweise. Immer blieb da ein Zweifel. Zum Schluss stand sogar der Vorwurf der Vertuschung im Raum. Weil Einsicht und Aufklärungswille in der Landesregierung nun schon

zum zweiten Mal fehlen, wird die Causa Raab jetzt zum Fall für Malu Dreyer.

Weil Dreyer bislang schweigt, will die CDU ihre Rolle in einer Sondersitzung des Landtags thematisieren. Auch bei Roger Lewentz vor einem Jahr war eine solche Sondersitzung geplant.

Damals trat der Innenminister kurz vorher zurück. Für angelegene Regierungsmitglieder wird es immer dann gefährlich, wenn der Fall an die Ministerpräsidentin heranreicht.

In der Briefaffäre hilft am Ende womöglich aber wieder nur ein Untersuchungsausschuss. Nur in diesem Gremium macht man sich strafbar, wenn man lügt.

Nur dieses Gremium ermöglicht es der Opposition, die entsprechenden Unterlagen einzufordern. Anders scheint man diese Landesregierung nicht zur Aufklärung verpflichten zu können.

s.stein@volksfreund.de



Sebastian Stein

Produktion dieser Seite: Heribert Waschbüsch